

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eisenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Nstr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. In amtlichen Teilen die gespaltene Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eisenstock.

50. Jahrgang.

N 119.

Donnerstag, den 8. Oktober

1903.

Die Stadträte, die Herren Bürgermeister und Gemeindevorstände des hiesigen Bezirks werden aufgefordert, die Empfangsbescheinigungen über Familienunterstützungen der zu

bis zum 12. Oktober dieses Jahres behufs Einrechnung der verlegten Gelder anher einzureichen.  
Schwarzenberg, am 2. Oktober 1903.

Königliche Amtshauptmannschaft.

J. A.: Dr. Jani, Regierungsassessor.

744/11.

B.

### Aufgebot.

Das königliche Amtsgericht Eisenstock erläßt ein Aufgebot

A. zum Zwecke der Todeserklärung

- 1) des Friedrich Eduard Tuchscherer, geboren am 9. Oktober 1857 in Schönheide i. S., der sich bis 1881 daselbst aufhielt, im Jahre 1881 nach Amerika emigrierte und von dem spätestens im Jahre 1892 ein Brief bei einem Angehörigen und damit die letzte Nachricht von seinem Leben eingegangen ist.
- 2) des Handarbeiters Johann Christian Schäl, geboren am 8. November 1845 in Tannhausen in Schl., der sich bis zum Jahre 1878 in Eisenstock aufhielt und seit länger als 20 Jahren verschollen ist.

B. zum Zwecke der Ausschließung der unbekannteren Berechtigten auf die unter 1 bis 3 bezeichneten, länger als 30 Jahre gerichtlich hinterlegten Sachen:

- 1) 188.10 M. Sparkasseneinlage, erwachsen aus einem für Christiane Charlotte Voßmann u. Cons. in Hundshübel am 27. August 1853 hinterlegten Betrage.
- 2) 127.01 M. Sparkasseneinlage, erwachsen aus einer am 1. Oktober 1863 für die Erben des Johann Gottlob Hecher sen. in Eisenstock hinterlegten, unabgehobenen Perceptionenrate aus dem Konkurs über den Nachlaß des Karl Heinrich Gottschald, gewesenen Besitzers des Hammerwerkes Wildenthal.
- 3) 339.20 M. Sparkasseneinlage, erwachsen aus einer am 1. Oktober 1863 für die Erben des Johann Gottlob Hecher jun. in Eisenstock hinterlegten, unabgehobenen Perceptionenrate aus dem Konkurs über den Nachlaß des Karl Heinrich Gottschald, gewesenen Besitzers des Hammerwerkes Wildenthal.

Das Aufgebot hat beantragt:

- zu A 1) der Gemeindevorstand Gustav Haupt in Schönheide als Abwesenheitspfleger,  
2) die Ehefrau des Verschollenen, Auguste Hulda Schäl geb. Unger in Eisenstock.  
zu B erfolgt das Aufgebot von Amtswegen.

Als Aufgebotstermin wird

- zu A  
der 28. April 1904, vormittag 10 Uhr,  
zu B  
der 10. Dezember 1903, vormittag 10 Uhr,

vor dem königlichen Amtsgericht Eisenstock bestimmt.

Es ergeht hiermit die Aufforderung zu A an die Verschollenen: sich spätestens im Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird,  
und an alle, die Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen: spätestens im Aufgebotstermine dem Gerichte Anzeige zu machen.

zu B an die etwa vorhandenen unbekannteren Personen, die auf die Sparkasseneinlagen Ansprüche erheben:

spätestens im Aufgebotstermine ihre Ansprüche und Rechte bei dem Aufgebotsgericht anzumelden, widrigenfalls sie mit ihren Ansprüchen an den Staat werden ausgeschlossen werden.

Eisenstock, am 26. September 1903.

Königliches Amtsgericht.

11. öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums  
Freitag, den 9. Oktober 1903, abends 8 Uhr  
im Sitzungssaal des Rathauses.  
Eisenstock, den 5. Oktober 1903.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

G. Diersch.

**Tagesordnung:**

- 1) Kenntnisnahme vom Stande der Eisenbahnsache.
- 2) Desgl. der Angelegenheit, Beschaffung einer öffentlichen Brückenverbindung über die Mulde bei Bahnhof Eisenstock und Beschlußfassung über die weitere Stellungnahme zur Sache.
- 3) Beschlußfassung über die Herstellung von Fußwegen auf der Schneebergerstraße.
- 4) Die Anstellung des Stadtbaumeisters betr.
- 5) Aufhebung der Kautionspflicht der städtischen Beamten.
- 6) Erhöhung der Vergütungen der städtischen Laternenwärter.
- 7) Änderungen des Regulativs über das Schlafstellenwesen.
- 8) Kenntnisnahme  
a. von der Abrechnung über die Herstellung einer Schleuse in der oberen Hauptstraße,  
b. von geplanten Fußwegherstellungen.
- 9) Verwilligung der noch nicht feststehenden Einrichtungskosten für das Unger'sche Haus, Bergstraße.

Darauf geheime Sitzung.

Freitag, den 9. Oktober 1903,  
nachmittags 4 Uhr

soll im Hotel „Stadt Dresden“ hier ein daselbst eingestellter eiserner Rastenshant an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Eisenstock, am 7. Oktober 1903.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

### Öffentliche Vorbildersammlung.

Während des Winterhalbjahres ist die „öffentliche Vorbildersammlung“ an den Montagen nur von 11–12 Uhr vormittags geöffnet.  
Eisenstock, den 6. Oktober 1903.

Haebler.

### Nationale Wirtschaftspolitik und soziale Fürsorge.

Vor einiger Zeit schrieb der bekannte Breslauer Nationalökonom Professor Dr. Julius Wolf in der von ihm herausgegebenen „Zeitschrift für Sozialpolitik“: „Eine Sozialreform ist ein Un Ding, wenn nicht eine Hebung der Produktivität der Arbeit vorangegangen ist, d. h. wenn nicht die Wertergiebigkeit der Landwirtschaft, der Industrie, des Transportwesens gestiegen ist.“ Mit diesen Worten ist der enge Zusammenhang zwischen den Fortschritten des trichterförmig so vielfach angefeindeten „Kapitalismus“, d. h. des gesamten modernen Wirtschaftslebens, und wirksamen Maßnahmen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterfürsorge klar und scharf gekennzeichnet.

Jede Sozialpolitik hat ihre natürliche Grenze an der Leistungsfähigkeit derjenigen, auf deren Schultern die Lasten einer solchen Reform vornehmlich ruhen, und das sind die Arbeitgeber oder Unternehmer in Industrie und Landwirtschaft. Eine Sozialpolitik, welche diese Grenze unberücksichtigt läßt, wendet sich am letzten Ende gegen diejenigen, zu deren Gunsten sie unternommen worden ist. Wer die sozialpolitischen Anforderungen an das erwerbstätige, schaffende Bürgertum überspannt, hilft die Hemmschrauben, welche für die Gesamtheit und nicht zuletzt auch für den Arbeiter die goldenen Eier legt; er verstopft den Quell, aus welchem allein die soziale Gesezgebung des Staates neue Kraft und neue Nahrung zu schöpfen vermag.

Eben deshalb ist eine nationale Wirtschaftspolitik, eine Politik des Schutzes der nationalen Arbeit die unumgängliche Voraussetzung wirksamer und fortschreitender Sozialreform. Mit seinem unergieblichen Scharfblick hat dies niemand deutlicher erkannt, als unser Altkanzler Fürst Bismarck. Erst die durch ihn geschaffene wirtschaftspolitische Wendung des Jahres 1879 ermöglichte späterhin die Einleitung jener segensreichen sozialpolitischen Aera, deren tatkräftige Fortführung unter Kaiser Wilhelm II. Deutschland auf diesem Gebiete unstreitig an die Spitze aller zivilisierten Nationen gestellt hat.

Der Schutz der nationalen Arbeit brachte einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung zu Wege. Um nur eines Beweises hierfür zu gedenken, die Ueberflüsse der Reineinkommen über die Rückzahlungen bei den öffentlichen Sparkassen, die mit Recht als einer der besten Präzedenzfälle für die Zu- oder Abnahme des Wohlstandes, insbesondere der mittleren Bevölkerungsschichten, gelten, waren von 126 Millionen Mark im Jahre 1873 bis auf 22 Millionen Mark im Jahre 1879 gestiegen, hoben sich aber unter

der Wirkung der nationalen Wirtschaftspolitik vom letztgenannten Jahre ab wiederum auf 142 Millionen Mark im Jahre 1888.

So kam schon ohne Eingreifen und Zutun des Staates, einem natürlichen volkswirtschaftlichen Gesetze entsprechend, das Gedeihen der wichtigsten Erwerbsklassen dem Wohlstande der Allgemeinheit zugute. Es wurden aber durch diesen Aufschwung auch erst die Mittel jener weitreichenden Sozialreform geschaffen, die in Arbeiterschutz und Arbeiter-Versicherung heute zahlreichen Millionen von Angehörigen der ärmern Bevölkerung Deutschlands täglich ihre Segnungen spendet.

Daraus aber ergibt sich als unerschütterlich feststehende Folgerung zweierlei. Einmal ist klar, daß jene Schar doktrinärer Sozialpolitiker, die ohne Rücksicht auf die allgemeine Wirtschafts- und Leistungs- und Leistungsfähigkeit des Unternehmertums eine Steigerung der Sozialreform ins Ungemessene hinein verlangen, der Arbeiterschaft selber den aller schlechtesten Dienst erweisen. Andererseits aber sieht ebenso sicher fest, daß das wohlverstandene Interesse des Arbeiters am besten gewahrt wird durch die Förderung einer Politik, welche sich in den Bahnen des Schutzes der nationalen Arbeit bewegt.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Prinz Albrecht von Preußen hat seine letzte Prüfung zum Secoffizier bestanden und Kiel verlassen. In Plön traf er mit der Kaiserin zusammen, und beide fuhren nach dem Gute Grünholz in der entlegenen Nordostecke der Landschaft Schwanden, wo der Prinz während seiner Kieler Vorbereitungszeit in der Familie der ältesten Schwester der Kaiserin oft und gern weilte. Prinz Albrecht verabschiedete sich dort vom Herzogspaar Friedrich Ferdinand und fuhr mit der Kaiserin nach Berlin. Ende Oktober tritt er die Reise nach Ostasien an.

— Oesterreich-Ungarn. Pest, 6. Oktober. In Szegedin wurde heute früh am Rostuth-Denkmal ein Kranz gefunden mit der Aufschrift: „Die zurückgehaltenen Soldaten Deinem heiligen Andenken.“ Das Plagkommando ließ den Kranz wegnemen und nach dem Stadthaus bringen, wofür jedoch der Bizstadthauptmann den Kranz einer großen Menge, welche die Herausgabe desselben forderte, wieder übergab, die ihn dann unter Abfingung des Rostuth-Liedes wieder an dem Denkmal niederlegte. Nachmittags marschierten zwei Kompagnien

Infanterie zum Denkmal und nahmen den Kranz wieder fort. Als die Menge hiergegen protestierte und mit Steinen nach den Soldaten warf, sowie in der Kaserne die Fenster der Offizierswohnungen zertrümmerte, ging das Militär mehrmals mit dem Bajonett gegen die Demonstranten vor. Von der Kaserne wurden nun abermals zwei Kompagnien abgeschickt, welche mit Hilfe der Polizei die eine drohende Haltung einnehmende Menge mit dem Bajonett auseinandertrieben. Nach 6 Uhr abends erneuerten sich in Szegedin die Kundgebungen vor der Kaserne. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge warf Fenster ein und forderte den Kranz, den das Militär von dem Rostuth-Denkmal genommen, zurück. Ein Bataillon Infanterie und eine Eskadron Husaren rückten aus, säuberten die Umgebung der Kaserne, sperrten sie ab und gaben eine Salve auf die Menge, wodurch 5 Personen verwundet wurden. Die Kundgebungen dauerten noch in den Abendstunden fort.

— Türkei. Die Antwort der Pforte auf die Mitteilung der Entente-Mächte ist, wie aus Konstantinopel telegraphiert wird, bereits ergangen. Sie bestätigt den Empfang der Erklärung und sagt, daß dieselbe als Beweis der wohlwollenden Absichten der Mächte die Pforte befriedigt. Die Pforte spricht den festen Willen aus, Ruhe und Ordnung zum Wohle der Untertanen ohne Unterschied der Religion und des Stammes zu gewährleisten. Getreu ihrer Politik werde die Pforte die vollständige Durchführung der angeordneten Maßnahmen und die Ausführung der Befehle überwachen, welche im Interesse der Sicherheit der Einwohner und des Schutzes ihres Besitzes, sowie der Ausübung einer unparteiischen Justiz erteilt werden. Die Pforte hebt jedoch noch einmal hervor, daß, wenn das beschlossene Programm bisher nicht vollständig ausgeführt werden konnte, daran einzig die bulgarischen Agitatoren schuld seien, welche alles versuchten, um durch die ärgsten Missetaten die Tätigkeit der Behörden zu behindern und zu nichte zu machen. Die Unterdrückung der Bewegung, für welche die Pforte die Truppen verstärken mußte, würde leicht gelingen, wenn in Bulgarien die Bildung von Banden und deren Grenzübertritt nicht gebildet würde. Die Banden, die auf der einen Seite zerstreut würden, drängten auf der andern Seite wieder ein und verleiteten die Einwohner gegen ihren Willen und gegen ihr Interesse. Die Lage werde verschlechtert durch die bulgarischen Rüstungen und Vorbereitungen, die Einberufung neuer Divisionen, Bestellung von Waffen und militärischen Ausrüstungsgegenständen, weiter durch militärische Requisitionen, strategische Brückenbauten und andere